

## Deutschland.

**Berlin, 27. November.** Heute fand eine Sitzung des Bundesrathes des norddeutschen Bundes im dem Gebäude des Staatsministeriums statt.

Die „Börs.“ schreibt: Dem Vernehmen nach wird das Verpflegungs-Reglement der Truppen im Felde eine Revision erfahren. Die gegenwärtigen Bestimmungen darüber sind von 1859, mit einem Nachtrag von 1862; wenn dieselben sich aber auch im Großen und Ganzen in dem Felde des vorigen Jahres bewährt haben, so sind seitdem doch auf den hierfür in Betracht kommenden Gebieten so viele wissenschaftliche Beobachtungen und praktische Erfahrungen gemacht worden, daß sich dadurch schon allein eine Prüfung resp. Erweiterung dieses für den Gesundheitszustand der Armee und damit zugleich für die gesammte Kriegsführung so wichtigen Zweiges der Heeresverwaltung rechtfertigen dürfte. Voraussetzlich wird es sich dabei um die Aufnahme einer ganzen Reihe von neuen Nahrungs- und Erfrischungsmitteln in den Feldverpflegungs-Etat der Truppen handeln, wobei nach den neuerdings gemachten Erfahrungen der Erde und der Cacao als regelmäßige Verpflegungs-Gegenstände eine besondere Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen berechtigt sein dürfte. Nachstehend werden, wenn zunächst auch wegen ihres zum Theil noch immer sehr hohen Preises wahrscheinlich vorläufig nur für die Lazareth-Verpflegung, die verschiedenen Fleisch- und Fisch-Extrakte resp. Präparate in Versuch gezogen werden, was wenigstens mit dem Vieh-Extrakt auch schon früher geschehen ist. Besondere Aufmerksamkeit dürfte man auch noch auf den Schutz des Mannes gegen Kälte und Nässe richten, welche als krankmachende Potenzen in allen Kriegen bisher eine so große Rolle gespielt haben und wofür die künftigen Fortschritte, Zeuge aller Art durch verschiedene Verfahren wasserfest zu machen, jetzt weit leichter eine Abhilfe in Aussicht stellen als dies früher der Fall war. Andererseits bildet jedoch die ohnehin so große Belastung des Mannes sowohl ein Hinderniß für die zweckmäßige Verpflegung desselben wie für einen ausreichenden Schutz gegen die Einflüsse der Witterung, denn das Gewicht, was der selbstmäßig ausgerüstete preussische Infanterist incl. seiner Kleidung und Waffen zu tragen hat, beträgt trotz der bereits erfolgten Reduktion seines Gepäcks auf das Allernothwendigste noch immer 53 Pfund 6 Loth und es erscheint allerdings bedenklich, diese Last noch durch einen mehrbälgigen Verpflegungsbestand und etwa die Mitgabe einer wasserfesten Decke um vielleicht 12 bis 15 Pfund steigern zu sollen.

**Berlin, 27. November.** (Hans der Abgeordnete.) 7. Sitzung (Schluß). Abg. v. Bennigsen: Der Kaiserliche Antrag beabsichtigt, den Sinn einer Verfassungsbestimmung für die Redefreiheit der Abgeordneten klar zu stellen. Die Fassung des Antrages weicht in Etwas von dem Artikel 84 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 ab, stimme aber mit einer Verfassungs-Urkunde überein, welche in das Wahlgesetz des norddeutschen Bundes aufgenommen sei. Die äußere Veranlassung zu diesem Antrage liegt in dem gerichtlichen Verfahren gegen zwei Abgeordnete, von denen der eine, Westphal, noch heute Mitglied des Hauses sei. Redner giebt eine Darstellung des gegen den Abg. Westphal stattgehabten gerichtlichen Verfahrens und fährt dann fort: Bei diesen Thatfachen sei an das Abgeordnetenhaus die Frage herangetragen, welche Mittel dasselbe zur Aufrechterhaltung seiner Privilegien zu ergreifen habe. Es hätten sich hierzu drei Wege geboten: energisch zu protestiren, einen Antrag auf Verfassungsänderung zu stellen, oder eine authentische Declaration herbeizuführen. Der Antragsteller und seine Freunde hätten den letzteren Weg für den allein richtigen gehalten. Von Protesten könnten keine Effekte erwartet werden. Einem Antrage auf Verfassungsänderung könne man sich eben so wenig anschließen. Wäre ein solcher Antrag aus der Initiative der Regierung hervorgegangen, so läge die Sache anders. Da aber leider die Regierung die Initiative nicht ergreifen habe, so müsse durch eine authentische Declaration des Art. 84 die Redefreiheit der Abgeordneten gewahrt werden. Erst durch den Konflikt sei die Auslegung des Art. 84 zweifelhaft geworden. Den klaren Sinn desselben festzustellen, müsse daher auch in der Ansicht der konservativen Seite des Hauses und der Regierung liegen. Bei Vorlegung des Wahlgesetzes im Herbst 1866 leistete die Regierung in Bezug auf die Redefreiheit keinen Widerstand; auch der Minister-Präsident ergriß dabei nicht das Wort. Diese Bestimmung in die preussische Verfassung aufzunehmen, könnten also weder die Konservativen, noch die Regierung sachliche Bedenken haben. Auch politische Gründe sprächen dafür. Durch den Sommer 1866 sei Preußen in eine neue Lage gebracht; durch den Sieg sei es faktisch erst eine Großmacht geworden. Es sei anzuerkennen, daß die Regierung zur Lösung des Konflikts selbst die Initiative ergreifen und Indemunität beantragen habe. (Beifall rechts.) Es sei daher jetzt von der Regierung und von den konservativen beider Häuser zu erwarten, daß das geschehe, was einen neuen Ausbruch des Konflikts verhindern könne. Sie, die Abgeordneten aus den neuen Provinzen, hätten als die erste Begrüßung die Beurlaubung eines der hervorragenden Männer empfangen. (Hört! hört!) Dies brücke die Freude, an den Verhörungen Theil zu nehmen, verabs. Es mache auch einen ablenkenden Eindruck auf das Ausland. Wenn wir jetzt der Regierung Gelegenheit gegeben haben, den Konflikt im Keime zu erlösen, so glauben wir genug gethan zu haben.

Abg. Dr. Löwe: Den Hoffnungen des Vorredners widerspreche eine Thatfache, nämlich die Anwesenheit des Herrn Justizministers und sein bedrucktes Schweigen. Er und seine Freunde seien nicht der Ansicht, daß ein Ausgleich zu Stande komme. Um den alten Konflikt zu begraben, müsse die Regierung in die dargebotene, zur Versöhnung gereichte Hand einschlagen. Wie eingeschlagen wird, das sehen wir an dem Prozeß, das hören wir aus diesem bedruckten Schweigen. Wir würden gern Abhilfe schaffen, wenn sie ohne Prinzipienreiterei zu schaffen wäre, wenn wir wüßten, daß die Sache dadurch todt gemacht, daß die Redefreiheit dadurch hergestellt würde. Es handelt sich um die Heiligkeit der Sache und um die Würde des Hauses. Wenn der Herr Minister anstatt zu schweigen, im Namen der Regierung die Erklärung abgeben würde, daß sie diesen Antrag zu dem ihrigen machen werde, so würden wir gern für denselben stimmen. Wie die Sache jetzt liege, dürften sie nicht wagen, Schritte zu thun, welche die Sache nur verschlimmern könnten. Die Sache sei heute nicht mehr klar zu stellen, nachdem sie längst klar gestellt sei, nicht mehr staatsrechtliche Frage sei. Die vom Vorredner vorgeschlagenen Wege zur Abhilfe seien nicht ausreichend. Es gebe noch einen Weg, den der Interpellation an die Regierung. Noch andere Wege lägen vor, z. B. der, wenn die Regierung in einzelnen Fällen unsere Zustimmung nachsuche, diese abhängig zu machen von der Befriedigung unserer Forderung; ich nenne nur die erhöhte Civiliste. Sie machen eine Sache des öffentlichen Bewusstseins zu einer Staatsfrage; Sie machen es zu einer juristischen, zu einer Abolatenfrage. Wir haben die Ueberzeugung, daß von dieser Angelegenheit die ganze gesicherte Zukunft der freiheitlichen Entwicklung unseres Verfassungslebens abhängt.

Wir wollen diese Frage als eine solche des Rechtes, der Freiheit und der öffentlichen Wohlfahrt verstanden haben (Bravo links).

Justizminister Graf zur Lippe: Die königliche Staatsregierung hat bis jetzt noch keine Veranlassung gehabt, die Initiative zu ergreifen. Der höchste Gerichtshof in Preußen kann sich nicht in Konflikt mit dem öffentlichen Verstande stellen, wie der Vorredner äußerte. Die Frage, ob die Worte „Meinung“ und „Aussprechung“ verschieden sind, ist nur mit ganz geringer Majorität entschieden. Gerade, weil diese Frage bei Entziehung des §. 84 aufs Aeußerste interpretirt wurde, gerade weil Mittermaier es für unzweifelhaft gehalten, daß die Tribunale zur Freistellung für öffentliche Injurien werde, ist die preussische Regierung dazu gelangt, das angenommene Wort „Aussprechungen“ in „Meinungen“ zu ändern. Diese Worte sind nicht für identisch gehalten. Es folgt dies aus der Entstehungsgeschichte des Art. 84. Redner geht auf die französische Verfassungs-Geschichte seit 1789 ein und sucht schon aus dieser darzutun, daß das dort gebrauchte Wort „Opinion“ (Meinung) verschieden von „Aussprechungen“ sei. Bei Beratung der National-Verammlung im Jahre 1849 über die Verfassung ist man auf diese Auslegung zurückgegangen. Am allerwenigsten kann der königlich preussischen Regierung die Meinung unterlegt werden, dieselbe habe ihrerseits nie einen Unterschied gemacht, und es sei erst dem jetzigen Ministerium eingefallen, einen solchen Unterschied zu machen. Der Abg. v. Bennigsen habe mit Recht hervorgehoben, daß es sich um Privilegien handle. Die Thatfache werde nicht abgeleugnet werden können, daß die Auslegung des höchsten Gerichtshofes in Bezug auf die Verfassungsbestimmung weder neu noch falsch sei. Diese Thatfache sei keineswegs loszuziehen. Es sei der Regierung der Vorwurf gemacht, warum sie die Verfolgung Einzelner betriebe und nichts gethan habe, den Konflikt auf irgend eine Weise zu lösen. Dies hänge damit zusammen, daß sich dieser Konflikt nicht auf thatsächlichem Gebiete, sondern um die Auslegung der Verfassungs-Urkunde erhoben habe. Es könne der Regierung nicht einfallen, einen Einzelnen mit Strafe zu verfolgen (Bravo rechts); es komme ihr nur auf das Prinzip an. Die Staatsregierung wolle nichts thun, was den Anschein haben könne, als ob sie nicht den anfrichtigen Willen habe, den Konflikt zu heben. (Bravo!) — Abg. v. Arnsh: Die Aussprechungen des Ministers mögen sich für Meinungen passen, aber nicht für Preußen. Wenn in England sich ein Richter unterdrücke, gegen ein Mitglied des Parlaments eine Strafe zu verhängen, so würde er erluchtet werden, zurückzutreten, und thäte er das nicht, so würde er ohne Barmherzigkeit in den Gefängniszellen des Parlaments gesteckt werden. Wir befinden uns in derselben Lage, wie die Presse; in den letzten paar Jahren sind die Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten so vermischt, daß kein Jurist mehr weiß, was auf diesem Gebiete mehr Recht ist. Wir befinden uns in einem unwürdigen Zustand; wir wollen nicht das Privilegium der Verhörung, aber wir wollen das Privilegium der Kritik, wie es das englische Parlament hat. Verhörung tritt erst bei Aussprechungen über den Privatcharakter ein. Wir wollen uns nur dem Präsidium fügen. Damals allerdings sind haben und denken Worte gefallen, die in ruhigen Zeiten vertrieben worden wären. Der Zustand aber, der jetzt geschaffen, ist unhaltbar, und — wenn die Regierung auf unseren Deklarationsantrag nicht eingeht, so hat sie die Folgen zu vertreten, nicht wir. Oder — hat etwa die Regierung die Absicht, das Haus zu degradiren, uns zu Volksvertretern zweiter Klasse zu machen? Das will sie nicht und doch werden wir in Betreff der Redefreiheit schlechter gestellt als der Reichstag. Wie will da die Regierung auf unsere Unterfugung rechnen können. Auf dem vom Justizminister eingeschlagenen Wege wird die Assimilirung der neuen Provinzen mit dem alten Preußen geradezu unmöglich gemacht. — Während der Rede des Abg. v. Arnsh tritt der Minister v. Cautenburg in das Haus. — Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Ich kann meinerseits — und ich spreche im Augenblicke nur meine persönliche Ueberzeugung, nicht die der k. Staatsregierung aus — ich kann meinerseits diese Frage eine so hervorragende praktische Bedeutung, wie ihr hier beigelegt zu werden scheint, nicht beilegen. Ich habe das auch bei den Verhandlungen im verfassungsgebenden Reichstage bezeugt, indem ich dort im Widerspruch mit meiner früheren, hier und im Herrenhause ausgesprochenen persönlichen Ueberzeugung einen Artikel, der die Redefreiheit, wie Sie es nennen, so definiert, wie sie es hier wünschen, nicht bekämpft habe, ich habe mir gefallen lassen, ohne eine Cabinetsfrage daraus zu machen, daß dort der gesetzliche Zustand, den diese Seite des Hauses (links), vielleicht auch die Majorität, erstrebt, eingeführt wurde. Ich sage, nicht eine so große praktische Bedeutung! Ich habe mich schon im Reichstage darauf berufen, und die Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir selbst dasjenige Maß von Ueberschreitung einer ruhigen objektiven Erörterung, wie es hier dem jetzigen Ministerium gegenüber stattgefunden hat, ohne Schaden ertragen konnten. (Heiterkeit rechts.) Wenn ein Schaden geschah, so war es im Lande dadurch, daß die zweite Bestimmung Anwendung fand, nämlich daß Alles, was hier gesagt wird, auch gedruckt werden kann, sobald es nur in eben so starken, in eben so verletzenden Ausdrücken, wie es hier gesprochen wird, gedruckt wird. Ich habe gesagt: praktisch. Theoretisch gelingt es mir nicht, die Frage mit derselben Kaltblütigkeit aufzufassen, wie praktisch. Ich habe meine Ueberzeugung dem Zustandekommen der Bundesverfassung geopfert, ich hätte vielleicht noch schwere Opfer gebracht, ehe ich das Zustandekommen dieses Werkes gefährdet hätte. (Hört! Hört! links) aber doch nur solche, welche den inneren Bestand des herzustellenden Werkes nicht gefährdet hätten, und ich fürchte, das Hört! welches ich so eben hier hörte, bezog sich auf solche, aus welchen ich allerdings eine Cabinetsfrage gemacht hätte. Dagegen vom theoretischen Standpunkte, vom Standpunkte meines eigenen Gefühls von Recht und individueller Würde aus, ist mir dieses Opfer nicht leicht geworden. Ich bin freilich in dieser Frage vielleicht nicht objektiv genug. Wenn man an dieser Stelle drei Jahre lang den Angriffen ausgeliefert gewesen ist, denen ich ausgesetzt gewesen bin, Angriffen, deren Gerechtigkeit ich nicht immer erkennen konnte, dann fragt man sich: habe ich in meinem eigenen Vaterlande keine rechtliche Abhilfe gegen dergleichen? Gehen Sie zurück in jene Zeit. Wie entsand denn der Konflikt? Er entstand durch ein Uebermaß in der Benutzung der Redefreiheit. Erinnern Sie sich an einzelne persönliche Scenen, die hier vorgekommen sind, erinnern Sie sich, wie dieses Ministerium jedes Mittel, das der Retorsion und andere ergriß, um sich dagegen zu decken, wie wir genöthigt waren, schließlich in corpore zu erklären, wir würden nicht mehr in diesem Hause erscheinen, wenn der Ton sich nicht ändere, wenn wir keinen Beistand bei dem Präsidium fänden. Solche Ueberreibungen strafen sich immer, nicht an dem, der sie begeht, sondern an dem konstitutionellen Leben des Staates, in welchem sie vorkommen. Es kämpfen Fleisch und Blut auf beiden Seiten, und keine menschliche Natur, es ist denn, daß sie niedrig, feig und überzeugungslos sei, trägt ohne analoge Reaction aus sich heraus dergleichen auf die Länge. (Bravo! rechts.) So kam es, daß wir schließlich auch das Mittel einer Aenderung der Gesetzgebung versuchten, um zu anderen Zuständen zu gelangen, oder wenigstens um unseren guten Willen zu dokumentiren. Das Einbringen einer solchen, die Aussprechungen, die ich selbst dabei gethan habe, zeigen Ihnen, daß ich diese Frage, die uns hier beschäftigt und die mit Unrecht Anlaß gegeben ist, auch heute wieder bittere Urtheile über unsern höchsten Gerichtshof zu fällen, daß die Rechtsfrage von mir sehr zweifelhaft gehalten wurde; erst im anderen Hause, wo gerichtliche Autoritäten sich dafür erklärten, sie seien in noch höherem Grade zweifelhaft, als ich es meinte, aber nach einer anderen Richtung, erst dann sagte ich: Gut, dann laßt uns ausprobiren an dem Nachhabe eines Prozesses, wie von den höchsten Gerichten der Rechtszustand unseres Landes aufgefaßt, wie die Verfassungsbestimmung interpretirt wird. Das ist geschehen, und ich gebe hier in die Frage nicht weiter ein, ob es nicht richtig gewesen wäre, nach alle dem, was inzwischen vorgegangen ist, den Becher nicht bis zum Grunde zu leeren, der Frage nicht ganz auf den Grund zu

gehen (Bravo), sondern sie schweben zu lassen. Indessen, es ist dies nicht der Fall gewesen, und es handelt sich darum: Wie kommen wir aus dieser Spannung heraus, in der sich die Gemüther wiederum befinden? Oder noch lieber möchte ich sagen: Wie kommen wir in eine Spannung nicht hinein? Daß der jetzige Zustand, wie er nach dem Erkenntnis des Ober-Tribunals sich vom rechtlichen Standpunkte für dieses Haus darstellt, ein unwürdiger sei, wie der Herr Vorredner sagte, kann ich nicht zugeben. Wenn ich mich überzeugen könnte, daß der Zustand, in welchem von 400 meiner Mitglieder jeder Einzelne berechtigt ist, mich zu beschimpfen, ohne daß ich ein gesetzliches Mittel dagegen ergreifen kann, sobald wir einen so nachsichtigen Präsidenten haben, wie wir ihn in früheren Jahren gehabt haben, (Heiterkeit rechts), wenn ich mich überzeugen könnte, daß dieser Zustand für uns ein würdiger wäre, dann, meine Herren, wäre die Frage sehr rasch erledigt; denn eine sehr große praktische Bedeutung lege ich ihr nicht bei. Ich möchte nur Ihrer Erwägung anheimgeben — ohne daß ich, wie gesagt, ein Urtheil der königlichen Staatsregierung selbst ausspreche, ich bin in diesem Augenblicke noch nicht dazu berechtigt — ich möchte anheimgeben, ob sich denn nicht in dieser Frage die zwei Stadien der Redefreiheit, die im Saal und die in der Presse, unterscheiden lassen. Ich kann mir unter Umständen gefallen lassen, daß jemand in der Uebereizung, in der politischen Leidenschaft, — von der ganz frei zu sein nicht immer eine öffentliche Tugend ist — daß jemand in dieser Stimmung ein Wort über die Schürhaut, und daß er vielleicht zu hartnäckig ist, um irgend eine Erklärung darüber zu geben. Es ist das peinlich für den, den's trifft, aber es ist kein Unglück, es ist etwas Vorübergehendes, das Wort verweht, auch wenn es vierhundert angehört haben und auch wenn es nachher weiter gesagt wird. Es nimmt aber einen ganz andern Charakter an, wenn dieses Wort, über dessen beleidigenden Charakter Niemand zweifelhaft sein kann, in Hunderttausend, in Millionen von Exemplaren gedruckt werden kann, jeder Zeit bis in alle Ewigkeit hinein, und ich bin jedem unwürdigen Winkelfeldenten gegenüber, der für gut findet, mir das Wort wieder unter die Nase zu rücken in seinem Blatte, gerade so wehrlos, wie ich hier dem Worte der Tribunale gegenüber mich befinde, wo ich doch weiß, wofür ich mich opfere: für die großen Zwecke des Staatslebens, des konstitutionellen Staatslebens, wenn ich eine Beleidigung ruhig einstehe. Aber die fortgesetzte Beleidigung im Druck und in der Verbreitung der Presse, die ich doch nicht ganz als ohne praktischen Nachtheil behandeln. Deshalb habe ich mich auch im Reichstage darauf beschränkt, mich gegen diese Seite der Sache vorzugeweihe auszusprechen, ohne auf meiner Meinung weiter zu bestehen, wie ich fand, daß sie von der Majorität nicht getheilt wurde. Ich kann nicht umhin, meine Herren, Ihnen, bevor Sie ihre Verhandlung schließen, den Versuch zu empfehlen, ob sich nicht ein Ausflussmittel in der von mir angedeuteten Richtung finden läßt. Ich schlage Ihnen das vor als jemand, der, wenn auch, wie ich schon bemerkt, in dieser Frage nicht ganz objektiv, doch mit Ihnen das gleiche Interesse hat, unser konstitutionelles Leben von allen den Reibungen zu befreien, die nicht notwendig in der Sache liegen, sondern die durch menschliche Erregtheit von außen hinzugefügt werden dadurch, daß der Eine oder der Andere sich einmal vergißt und nicht die ruhige und die würdige Objektivität bewahrt, die dem Gesetzgeber geziemt. Sollten wir uns darüber verständigen können, so würde ich mich aufrichtig darüber freuen und für eine solche Verständigung würde ich auch meinen Einfluß als Mitglied des anderen Hauses gern verwenden wollen, während für die nachte Umkehr dessen, was wir früher gewollt haben, für die nachte Herstellung dessen, was wir früher bekämpft haben, ich mich persönlich wenigstens außer Stande sehe einzutreten, und ich es auch, wenn auch nicht für gefährlich, doch kaum für gerecht halte, den Zustand so herzustellen, wie er hier erstrebt worden ist, wie er meines Wissens in anderen Ländern, auch in England — und ich berufe mich da auf den im Reichstage citirten Fall von Hausard — nicht besteht und wie er meinem Gefühl, der Gleichheit des Geleises gegenüber, welches, muß ich glauben, in mir stärker ausgebildet ist, als in Anderen, (Heiterkeit) widerstrebt; daß ich nicht berechtigt sein soll, wenn ich mich in meiner Ehre verletzt fühle, die richterliche Hilfe zu suchen, auch dann nicht dazu berechtigt sein soll, wenn das Verlegen meiner Ehre mit bösem Willen und bei ruhigem Blute in der Presse fortgesetzt wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Wächter ist auf der Journalisten-Tribüne fast durchaus unverständlich. Während der Rede übernimmt der erste Vicepräsident v. Köller den Vorsitz. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Es ist notwendig, daß wir aus der Sachlage, in der wir uns befinden, herauskommen, und dies können wir nur durch die Annahme der Kaiserlichen Anträge. Die von anderer Seite vorgeschlagene Tagesordnung widerspricht sich in ihren Motiven selbst, da Alinea 1 erklärt, der Art. 84 bedürfe keiner Interpretation, während Art. 2 ausspricht, daß die Interpretation bereits gegeben sei. Am meisten hat das dritte Motiv für sich. Es würde die Sache allerdings sehr erleichtert haben, wenn die Regierung die Initiative in dieser Frage ergreifen hätte, wenn sie vor uns getreten wäre mit einem Gesetzentwurf über Abolition der noch schwebenden Untersuchungen, es wäre dadurch manche unangenehme Reminiscenz vermieden worden. Warum sie dies nicht gethan, ist mir unverständlich, es scheint, daß sie darüber noch nicht schlüssig ist, aber zu verlangen, daß wir in der Zwischenzeit untätig abwarten sollen, das ist kein politischer Standpunkt, darunter leidet die Würde dieses Hauses, obwohl wir der Regierung gegenüber eine gewisse Schadenfreude nicht verbergen können. Von den Argumenten des Abg. Löwe ist das des berechneten Schweigens unseres Justizministers bereits bestritten; das zweite war der Jurens an uns Mitglieder aus den neuen Provinzen: „Laßt alle Hoffnung draußen, die Ihr dieses Haus betretet.“ Aber dieselben Rathschläge gab man uns im Reichstage, als es sich um die Feststellung der norddeutschen Bundesverfassung handelte, und wo wären wir jetzt, wenn wir denselben damals gefolgt wären? So wollen wir uns auch jetzt vor denselben hüten, damit wir unseren Zweck, zu dem Jeder mitwirken verpflichtet ist, erreichen und den Rest des alten Konflikts beseitigen. Was die materielle Seite der Frage betrifft, so begreife ich nicht, wie die Minister, welche selbst nicht vor den Kreisrichter gestellt werden können, für sich das Privilegium in Anspruch nehmen, Mitglieder dieses Hauses vor den Stadtrichter zu bringen. Wenn man uns als Argument dafür einige Blätter aus der blutigen, mit Roth besudelten Geschichte der letzten Zeit vorführt, die französische Revolution vorführt, wo man eben so mit Geleesparaden, wie mit Köpfen spielte, so bemerke ich, daß wir die Gründe für unsere Interpretation dem verwandten germanischen Stamm entlehnen. Zu einer Unterfugung zwischen Aussprechungen und Meinungen, wie ihn das Obertribunal macht, gehört der freie Verstand, der den Sperlingen die Augen aufschneidet. Die Frage, um die es sich handelt, ist die: Steht das Haus unter dem Stadtrichter oder unter seiner eigenen Jurisdiktion? Wenden Sie auf das Beispiel in England hin. Keine fremde Hand darf dort sich in Angelegenheiten des Hauses mischen, Niemand Aehnliches wagen, oder der Sprecher würde ihm den Dächer des Hauses schiden, um ihn in den Tower zu führen. Die Presse betrifft, so kann es wohl wünschenswerth erscheinen, Ausdrücke, wie wir sie im Reichstage gehört haben, nicht durch den Druck durch das ganze Land verbreiten zu lassen und für solchen Fall müßte das Haus das Recht haben, entweder durch eigenen Beschluß, oder durch Ordre des Präsidenten, oder Anordnungen einer dazu eingesetzten Kommission solche Ausdrücke von der Presse auszuschließen, die Beurtheilung aber dem Gerichte zur Remedur überweisen, diese Nichts anderes als eine Arznei anwenden, die schlimmer ist, als die Krankheit selbst. Es ist das weniger eine juristische als eine politische Frage und hätte das Ministerium einen richtigen politischen Instinkt beiseite, so würde es sich gebietet haben, einen Prozeß einzuleiten, zu dessen Erfolg sie sagen muß: so weh! ich habe gewonnen. Ueber die Beurtheilung, die dieses Verfahren im Auslande findet, soll sich die Regierung keinen Illusionen hingeben. In



England und Italien, wo man es gut mit uns meint, finden wir Mitleiden, in Frankreich Staunen darüber, daß wir so weit hinter den Franzosen selbst zurück sind, in Oesterreich Spott und Hohn, und in der süddeutschen Presse und den Blättern, die mit ihr in dasselbe Horn stoßen, mit wenig Wig und viel Behagen das Thema variirt: „Seht, wir Wilde sind doch bessere Menschen.“ Wer sich darüber nicht ärgert, der hat kein preussisches und kein deutsches Herz. In den neuen Provinzen wartet man auf die Segnungen des Großstaates, durch solche Maßregeln werden sie sicher nicht gewonnen. An alle diese Folgen haben die Richter bei ihrem Urtheilssprüche nicht gedacht, denn der Richter ist kein Mann der Politik, darum aber soll man politische Fragen nicht dem Richter vorlegen. Wir hatten das Unreife gethan, die Schranken, die der Einigung unseres Vaterlandes entgegenstehen, zu beseitigen; drei Stadtrichter richteten sie wieder auf. (Weisfall, auf einer Zuhörer-Tribüne wird applaudirt. Der Präsident droht, dieselbe im Wiederholungsfall räumen zu lassen.) — Abg. Koch spricht gegen alle Anträge und vertheidigt die Interpretation des Obertribunals. „Die Redefreiheit dürfte nicht in Redefreiheit ausarten.“ (Große Unruhe und Widerspruch links.)

Abg. Graf Henard (für den Kaiserlichen Antrag): Ich weiche bei dieser Frage mehrfach von der Auffassung eines großen Theils meiner politischen Freunde ab. Ich bin nämlich der Ansicht, daß die Redefreiheit der Abgeordneten durch den gegenwärtigen Wortlaut des Art. 84 der preussischen Verfassung unter allen Umständen gesichert ist. Eine Trennung der beiden Kaiserlichen Anträge ist deshalb für mich logisch unmöglich. Der Beschluß eines Gerichtshofes, selbst des höchsten, darf einen Abgeordneten nicht für dasjenige verantwortlich machen, was er in der Ausübung seines Mandats gesprochen hat. Nur dem Präsidium, event. dem Hause steht eine Beurtheilung der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Auslassungen eines Abgeordneten zu, niemals den Gerichten. Man darf deshalb ein Urtheil nicht rechtskräftig werden lassen, welches durch die Beurtheilung der Person des Gegners die Beurtheilung der Freiheit der Rede mit ausspricht. Ein Antrag auf Niederschlagung der Untersuchung, wie ihn der Abg. Lasker eingebracht, beeinträchtigt deshalb keineswegs das Begnadigungsrecht der Krone. Selbst wenn zur Zeit des Konflikts, was nicht geleugnet werden kann, die Redefreiheit theilweise gemindert worden ist, so können solche Ausnahmefälle keinen Grund für eine Beschränkung derselben abgeben. Dies geschah zur Zeit des Konflikts; durch Ertheilung der Indemnität ist dem Ministerium ein Vertrauensvotum gegeben worden; darauf hätte es nicht mit einer Verfolgung der Abgeordneten antworten sollen. (Weisfall.) Der vom Justizminister so eben gebotene Vorwand, daß die Regierung nicht berechtigt gewesen wäre, in dem Gang der Justiz einzugreifen, ist nicht stichhaltig; denn das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft legt die Einleitung und Fortführung einer Untersuchung fastlich in die Hände des Justizministers. Ein zweiter Vorwand, nämlich der Herr Justizminister an den Fesseln, und siehe da, als er zum dritten Male daran schlug, sprudelte aus düsterem Gestein die Quelle der Weisheit. (Heiterkeit.) Für die Motive des bekannten Beschlusses entgeht mir als Laie das Verständniß; die Wirkungen desselben sind aber jedenfalls herzlich schlecht. Vergebens fragt man sich, welches Motiv die Staatsregierung wohl bestimmt haben kann, dem Reichstage die Redefreiheit zu gewähren, sie aber dem Landtage vorzuenthalten. Das ist weder politisch, noch im Interesse der Autorität. Die geheimen direkten Wahlen geben doch sicher keine besseren Garantien für den Reiz angemessenen Gebrauchs der Redefreiheit, als die Censurwahlen; das beweisen die Wahlen des Abg. Liebnicht. (Heiterkeit.) Oder soll vielleicht die Unzulässigkeit die Gewähr dafür geben, daß stets würdiger, objektiver geredet werden wird, und selbst, wenn dies der Fall wäre, wird denn durch 3 Jähr. Diäten ein Lamm aus dem Reichstage zum reißenden Wolf im Hause der Abgeordneten? Sollte eine starke Regierung, wie die preussische, nicht eine schonungslose Kritik als und zu vertragen können, wie ungemein stark hände dann der Herr Bundeskanzler da, der ganz allein dem norddeutschen Reichstage gegenüber steht, ohne Hülfen und Rath bei seinen Kollegen suchen zu können; ihn aber haben wir bisher noch nicht zittern sehen, obwohl er eine achtsache Verantwortlichkeit trägt. Ich kann mir deshalb keinen Grund denken, der den Justizminister bewegen könnte, sich einer Re-Integration des Art. 84 in seine ursprüngliche Bedeutung zu widersetzen, und wenn er dies wirklich thun sollte, so ist es eine konservative Pflicht, die verfassungsmäßigen Rechte der Volksobervertretung ebenso treu und standhaft zu wahren, wie die Rechte der Krone. Man hat der konservativen Partei vorgeworfen, daß sie aus Eigennutz oder Selbstsucht sich immer von den ministeriellen Einwirkungen leiten lasse. Ich weise diese Verächtlichung der konservativen Partei zurück; fordere aber die konservative Partei auf, um darzutun, daß sie insgesamt auf dem Boden der Verfassung steht und nicht fähig ist, ein kostbares Recht der Volksobervertretung aufzugeben, mit mir für den Antrag Lasker zu stimmen. Wir stehen hier am Scheidewege, und ich rufe den Herren von der Rechten zu: Hie Rhodus, hic saluta! (Weisfall bei den Nationalliberalen.) — Abg. Guérard (gegen den Antrag Lasker und für seinen Verbesserungsantrag) fährt aus, daß man sich bei der Unterscheidung zwischen Reichsverfassung und preussischer Verfassung nicht gefallen lassen dürfe. Nur durch den eingereichten Gesetzentwurf sei der Ausgleich möglich, jedenfalls müsse man aus diesem Zustand heraus. Ich appellire, sagt der Redner, an das Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Justizministers (großes Gelächter im ganzen Hause); meine Herren, ich bin der Ueberzeugung, daß der Herr Justizminister überall bemerkt gewesen ist, unparteiische Gerechtigkeit zu üben (Weisfall rechts; erneute Heiterkeit und Gelächter links); also ich erwarte vom Herrn Justizminister, daß er, um die Gleichmäßigkeit mit den Bestimmungen der Reichsverfassung herbeizuführen, die Zustimmung zu unserem Antrage geben wird. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. Wehrenberg empfiehlt den Antrag Lasker, ist aber, da er von der Rechten tribüne spricht und eine sehr schwache Stimme hat, auf der Journalistentribüne fast unverständlich. — Ein wiederholter Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. — Nachdem noch der Abg. Waldeck gegen den Antrag Lasker und für motivirte Tagesordnung gesprochen, erhebt Abg. Lasker als Antragsteller das Wort: Der unabweisbare Sinn des Art. 84 ist wiederholt in Frage gestellt und in einer Diskussion, an der ganz Deutschland Theil nahm, immer wieder behauptet worden. Redner zählt darauf die vergeblichen Versuche, jenen Sinn zu erschüttern, auf. Mit dem Jahre 1862 trat die rückläufige Bewegung ein, die nach acht freisprechenden Urtheilen der Gerichte mit der Entscheidung des Ober-Tribunals schließt. Nun kann der höchste Gerichtshof Manches umwerfen und Nechthum läge aufstellen, aber deshalb wird die Jurisdiktion nicht bloß von ihm gelöst, wenn ihr auch schließlich der Exekutor die höchste Weihe ertheilt. Aber sind denn neben ihm und seiner Entscheidung die Tausende von Richtern nichts und muß nicht in einem so wichtigen Fall die Jurisdiktion des Landes gefragt werden? Die Gerichte hatten gesprochen, aber während ihm im Land- und Reichstage unseren schweren Arbeiten oblagen, hat der Herr Justizminister, der bei dem Reichstage nicht beschäftigt war, seine freie Zeit dazu benutzt, die Ober-Staatsanwaltschaft zur Wichtigkeitsbeschränkung gegen die freisprechenden Urtheile zweier Instanzen zu instruiren. Im Jahresberichte findet sich nicht wieder eine solche Gelegenheit, die öffentliche Meinung darüber zu befragen, ob der Abgeordnete unter dem Richter steht oder seine Rede frei sein soll. Im Norddeutschen Reichstage, in dem sich die glänzenden Talente der konservativen Partei dieses und des Reichthums befanden, hatten sie kein Wort gegen die unbeschränkte Redefreiheit, und das Verdict des deutschen Volkes beschuldigt alle die der Falschung der Wahrheit, die jene Freiheit bekämpfen. Hat doch Graf Bismarck selbst wenige Tage nach seiner bekannten Rede im Herrenhause die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die die volle Redefreiheit gewährleistet, unterzeichnet, und der Antrag, der der Presse Schutz verlieh, trug meinen Namen. Es standen die Dinge, bis das Stadtgericht durch das Obertribunal gezwungen wurde, die Beurtheilung, und zwar zu dem höchsten Straßmaß auszusprechen. Man spricht gegen die Form der Deklaration. Aber zu allen Zeiten wurden Deklarationen so gegeben, wo die Gerichte anders entschieden, als der Gesetzgeber es gemeint hatte. Die Deklaration des Artikels 84 ist notwendig, weil das Obertribunal ihn so auslegt, wie es gethan. Die Gegner meines Antrages sind theils solche, die auf irgend eine Weise um die Redefreiheit herumkommen wollen, theils leider solche, die ihn aus Gründen der Lasker zu meinem großen Bedauern ablehnen. Wer will mit Bestimmtheit behaupten, daß Herrenhaus und Regierung ihm ihre Zustimmung versagen werden und deshalb die große Verantwortung ihm zu verweisen auf sich haben? Wer weiß denn das so sicher voraus? (Ruf: Ja!) Ich sage: Nein, und belege es, daß die von einander getrennt geben, die zu allererst zusammengehen sollten. Wir treten durch Annahme meines Antrages nicht

im Widerspruch gegen unseren Beschluß vom vorigen Jahre. Damals galt es, die Gerichte zu warnen und sie folgten unserer Warnung; heute liegt ein Erkenntniß vor, das voranschreitend vom Obertribunal bestätigt werden wird. Da bleibt nur der Weg der Gesetzgebung, der Deklaration übrig, die wir durch unsere Stellung in keinem Fall verschlechtern. (Lebhafter Beifall.)

In der darauf folgenden Spezialdiskussion über den Antrag Laskers und die Gegenanträge spricht nur Abg. Reichensperger zu Gunsten des ersten, ist jedoch bei der Unruhe im Hause kaum bruchstückweise zu verstehen. Bei der Abstimmung wird die motivirte Tagesordnung v. Guérard und Genossen mit großer Majorität verworfen, dafür nur die Fortschrittspartei und ein Theil des Centrums (Katholiken); Desgleichen mit großer Majorität verworfen der Antrag v. Guérard auf Aenderung des Art. 84, dafür nur die freie konservative Vereinigung und die Altliberalen; Dagegen der Antrag Laskers in namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 160 Stimmen angenommen. Für denselben stimmen die verschiedenen liberalen Fraktionen mit Ausnahme der Fortschrittspartei, die Polen, die Altliberalen, die freikonservative Vereinigung, ein Theil des Centrums, z. B. Reichensperger; gegen ihn die Fortschrittspartei, die Konservativen und ein Theil des Centrums, z. B. v. Kleinsorgen. Die Fraktionen traten bei dieser Abstimmung so geschlossen auf, daß wir uns der Nennung von Namen überhoben glauben. — Abg. Ewerdt wohnt der heutige Sitzung nicht bei, der heute eingetretene Abg. Gaucher stimmt für Laskers Antrag. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Z. D.: Wahlprüfungen.)

Der Friedens-Präsident nur allein der Kavallerie der norddeutschen Militärmacht umfaßt gegenwärtig 76 Regimenter. Darunter zählen 10 Kürassierregimenter = 7120 Mann, 21 Dragonerregimenter = 14,952 Mann, 18 Husarenregimenter = 12,816 Mann, 21 Ulanenregimenter = 14,952 Mann und 6 Reiterregimenter = 4272 Mann, mit einer Totalstärke von 54,112 Mann. An die Spitze dieser imposanten Heeresmasse ist als Inspektor der Prinz Friedrich Karl gestellt.

**Hamburg, 27. November.** Laut Kabels-Telegramm aus Newport vom heutigen Tage ist der Postvertrag zwischen der Postverwaltung der Vereinigten Staaten und der hiesigen Hamburg-amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft daselbst gestern vollzogen worden. Nach dem Vertrage werden die Dampfer der genannten Gesellschaft vom 1. Januar ab jeden Dienstag die amerikanische Post nach Europa überführen. Im Anschlusse an diese Verbindung vernimmt die hiesige „Börsenhalle“, daß gegenwärtig in Berlin Verhandlungen stattfinden betrefse der Beförderung der deutschen Post nach Amerika. Die „Börsenhalle“ fügt hinzu, daß schon in den nächsten Tagen der Abschluß des hierauf bezüglichen Vertrages mit der mehrgedachten Gesellschaft in sicherer Aussicht stehe.

#### Ausland.

**Wien, 25. November.** Das österreichische Geschwader ist, wie dem „Wanderer“ aus Triest geschrieben wird, aus der Levante berufen worden, um von der österreichischen Küstengrenze an der Spitze des Kaisers Maximilian das Geleite zu geben. Von allen Forts und Strandbatterien der Küste werden beim Vorbeifahren des Zuges die vorgeschriebenen Salute gegeben. Es sollen einige Lloyd-Dampfer dem Convoy entgegenfahren. Die Flotte wird in Triest ausgeschifft und sofort nach Wien befördert.

**Wien, 27. November.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kündigte der Finanzminister die demnächstige Vorlage eines Gesetzentwurfs über den Ausbau des nordwest-böhmischen Eisenbahnnetzes an.

Der Unterrichtsminister kündigte die Einführung des Turnunterrichts als obligaten Lehrgegenstandes in den Volks- und Mittelschulen an.

**Paris, 27. November.** In der heutigen Sitzung des Corps législatif stellte Mr. Pelletan an die Regierung die Frage, weshalb das dem Gesetzgebenden Körper zugestellte Gelbbuch in Bezug auf die römische Frage keine Mittheilungen von Depeschen der italienischen und der römischen in Antwort auf die Depeschen der französischen Regierung enthalte. Mr. Rouher beantwortete diese Frage dahin, daß die Regierung nur solche Depeschen mittheilen könne, von denen sie offiziell Kenntniß erlangt habe. Es sei keine Mittheilung aus Florenz oder Rom in offizieller Weise erfolgt, dieselben seien der Regierung sämtlich mündlich mitgetheilt worden. — Mr. Garnier Pagès drückt sein Erstaunen darüber aus, daß das Gelbbuch gar keine Depeschen in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten, selbst nicht einmal über die Zusammenkunft in Salzburg, die Verhandlungen über Schleswig und die Luxemburger Frage enthalte. Mr. Rouher antwortete, daß die Zusammenkunft in Salzburg elagig und allein ein Besuch war, welcher nur ein Circular an die Vertreter Frankreichs im Auslande zur Folge hatte. Seit der letzten Session des Corps législatif sei keine Angelegenheit zwischen Frankreich und Deutschland verhandelt worden. Die Luxemburger Frage sei abgeschlossen und was Schleswig betreffe, so überlasse die französische Regierung, ohne ihr Recht zu verleugnen, die Lösung dieser Frage einer Verständigung zwischen Preußen und Dänemark. Zwischen Preußen und Frankreich habe sich darüber keine Debatte erhoben.

**Paris, 27. November.** „Patrie“ sagt: Die Journale legen dem Diner der Marschälle und Generäle, welches am verwichenen Montag in St. Cloud stattgefunden, eine Wichtigkeit bei, welche es keineswegs gehabt hat. Die Marschälle haben sich nur mit der Klassifizierung der Offiziere der höheren Grade beschäftigt. Demselben Blatte zufolge wird Marquis de Moustier am Freitag gelegentlich der Debatte über die römische Frage im Senate das Wort nehmen. „Etendard“ theilt mit, daß sämtliche Mächte den Konferenzvorschlagn im Prinzipie angenommen haben. Es handelte sich in Bezug auf den Zusammentritt der Konferenz nur noch um die Zeit und um formelle Fragen.

**Rom, 27. November.** Die beiden französischen Linien-Regimenter 29 und 59 sind heute in Civita-Vecchia an Bord der „Interpède“ eingeschifft worden. Das 80. Regiment wird morgen an Bord gehen. Die ganze Division Dumont hat Befehl erhalten, sich nach Civita-Vecchia zu begeben, um nach Frankreich zurückzuführen. — Der Polizeidirektor von Rom hat einen Befehl erlassen, dem zufolge sich alle Ausländer, welche sich noch nicht vier Monate in Rom aufhalten, melden und die Veranlassung ihres Aufenthaltes angeben sollen. Im Nichtbefolgungsfalle sollen dieselben an die Grenze gebracht werden.

**Athen, 25. November.** In Kandia sind die Feindseligkeiten wieder zum Ausbruch gekommen. Die Auswanderung von Familien dauert fort und wird durch fremde Kriegsschiffe vermittelt. Der Dampfer Union macht unausgesetzt Fahrten nach Kandia. — Der Bau einer Eisenbahn von Athen nach dem Piraeus ist von Engländern in Entreprise genommen. — Der König und die Königin sind in Korfu angelangt. — Französische, preussische, italienische, österreichische und schwedische Kriegsschiffe erwarteten Ihre Majestäten im Piraeus, um sie daselbst zu begrüßen. — Die National-

Anleihe ist gegenwärtig bis zur Höhe von 400,000 Francs gestiegen.

#### Vommern.

**Stettin, 28. November.** Der hiesige Bezirksverein der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat jetzt, wie die „Ost.-Z.“ berichtet, die Raketenstation Hoff (ca. 1/4 Meilen westlich vom Dr. Horster Leuchtturm) vollständig ausgerüstet. Der Apparat trat vorgestern daselbst ein und ergeben die angestellten Proben ein sehr günstiges Resultat. Die Station steht unter Leitung des Rittergutsbesizers Dumstrey auf Hoff. Der Bezirksverein hat nun zwei Bootstationen (Rügenwaldermünde und Treptower Deep) und eine Raketenstation (Hoff) vollständig ausgerüstet. Die zweite Raketenstation (Schäfers) und die dritte Bootstation (Scholpin beim Nevelof) sind jetzt in der Ausrüstung begriffen.

— Heute ist mit Ueberstellung der Bibliothek des „polytechnischen Vereins“ nach der im Hause Rosengarten Nr. 1 zum Lesekabinett neu eingerichteten Lokalität begonnen.

— Die Rosengarten Nr. 1 wohnende Handelsfrau P. hatte schon seit einiger Zeit bemerkt, daß sie Abends an den in ihrem Handelteller aufgestellten Verkaufsgegenständen beschoben werde. Durch die in Gemeinschaft mit ihrer Tochter zur endlichen Ermittlung des Diebes getroffenen Dispositionen gelang es nun gestern Abend, den bereits mehrfach bestraften Burschen Albert Leute in dem Augenblick zu ergreifen, als er Befußs Ausführung eines neuen Diebstahls den Keller betrat. Er wurde verhaftet, seine beiden Komplizen entkamen. — Ebenso wurde gestern der 19jährige Bursche Franz Bröse, der einem kleinen Mädchen in der Breitenstraße ein etwas Wild enthaltendes Portemonnaie aus dem Korbe entwendet, auf der Flucht ergriffen und verhaftet. — Vorgestern Abend wurden dem Frachtfuhrmann Lunow aus Pyritz auf dem Wege zum Gasthofe zur goldenen Krone von seinem Wagen 25 Stück Leere „S. Joseph“ gezeichnete Getreidesäcke und in der Zeit vom 26. zum 27. dem gr. Schanze Nr. 13 wohnhaften Lehrer A. vom verschlossenen Hausboden eine Partie Wäsche im Werthe von ca. 18 Thalern gestohlen.

**Aus dem Kreise Rügen, 26. November.** Authentischen Nachrichten zufolge sind in diesen Tagen die Bewohner Mönchguts und Hiddensees in großen Schrecken versetzt worden. Die in Folge des aus Nordost wüthenden Sturmes eingetretene Fluth hat das Terrain (größtentheils Weide) bei Tiedsow, Groß- und Klein-Zicker überschwemmt und die Communication total gehemmt. Zwei Badehäuser sind fortgerissen. Bei Neuendorf und Plogenhagen (auf Hiddensee) ist das Küstenland in dem Grade fortgespült, daß einige der nächstliegenden Dorfbewohner zum schleunigen Verlassen ihrer Behausung genöthigt gewesen sind. Der dort beschäftigte Wasserbau-Ausscher wurde mittelst Bootes unter Gefahr aus seiner Wohnung gerettet.

**Lauenburg, 27. November.** Am 23. d. Mts. ist wiederum in der Nähe von Wittenberg, hiesigen Kreises, ein Schiff gestrandet, nämlich der Ein und ein halb Master „Johanna Rebecca“ aus Leer in Ostfriesland, mit Steintohlen von England kommend. Dasselbe war mit vier Mann besetzt, von denen der eine bereits vor der Strandung auf hoher See ertrunken war, die übrigen drei Mann sind mit Hilfe des Raketen-Apparats gerettet worden.

#### Bermitteltes.

**München. (Das Verbrechen.)** Bezüglich des erwähnten Verbrechens kann die „A. V. Z.“ noch mittheilen, daß die Obduktion der Leiche eine Vergiftung durch Blausäure ergab. Die Unglückliche ist die Gräfin Mathilde v. Chominsky-Petke, deren Gemahl, wie es heißt ein Altmeister, in Wien lebt, und die Dame, auf welcher bis jetzt der Verdacht, dieses schrecklichen Verbrechens begangen zu haben, ruht, war als Barolin v. ... im hiesigen Hotel eingetragen. Dieselbe wird bereits rechtlich verurteilt. Dieses Verbrechen erregt hier in allen Kreisen die größte Sensation.

#### Schiffsberichte.

**Stettin, 27. November.** Vornachmittags. Angelommene Schiffe: Kapib, Ofen von Bergen. Mathilde, Kemp von Hamburg. Meernin, Smith von Bremen. Wind: NW. Strom ausgehend. Revier 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub> F. — Nachmittags. 3 Gebrüder, Schmidt, von Bremen. Minna, Michael, von Bernau. Wind: NW. Revier 14<sup>1</sup>/<sub>2</sub> F. Strom ausgehend.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin, 28. November.** Witterung: schön. Temperatur + 4° R. Wind: SW.

#### An der Börse.

Weizen matter, per 2125 Pfd. loco gelber pol. 96—101 R., mährischer 95—96 R. bez., ungarischer 91—94 R. bez., bunter pofener 95 bis 98 R. bez., weißer 100 R. bez., feiner 104 R. bez., 83—85 Pfd. gelber November 96 R. bez. u. Br., November-Dezember 95 R. Br., Frühjahr 97<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez. u. Br. — Roggen a. Teemün niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 75—77 R. bez., feiner schwerer 83 Pfd. 77<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., November 76<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., November-Dezember 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., 75, 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez. u. Ob., Frühjahr 74, 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez. u. Ob. — Gerste per 1750 Pfd. loco Oberbrun 52<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—53 R. bez., schlesische 54—55 R. bez. — Hafer loco pr. 130 Pfd. 34<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—35 R. bez., 47—50 Pfd. Novbr. 36 R. bez., Frühjahr 36 R. bez. u. Ob. — Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 67<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—69 R. bez., Rogg. 70 bis 72 R. bez., Frühjahr Futter- 70 R. bez. — Kabbol stille, loco 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., November, November-Dezember u. Dezember-Januar 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Br., 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Ob., April-Mai 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Br., 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Ob. — Petroleum loco 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez. — Spiritus ruhig, loco ohne Fuß 20<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., November 20<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., u. Br., November-Dezember 20<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Br., Frühjahr 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., (gestern Abend 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez. — Angemeldet. 50 Wisp. Weizen, 3,000 Quart Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 96<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Roggen 76<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Hafer 36, Kabbol 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Spiritus 20<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

**Hamburg, 27. November.** Getreidemarkt. Locogetreide sehr still, spätere Weizenmünne flau. Weizen pr. November 5400 Pfd. 174 Bancothaler Br., 173 Ob., pr. November-Dezember 169<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., 169 Ob. — Roggen pr. November 5000 Pfd. Banco 137 Br., 136<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Ob., pr. November-Dezember 136 Br., 135 Ob. Hafer unbeachtet. Kabbol vorräthig, loco 23, pr. Mai 23<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Spiritus zu 29<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, angeboten, ohne Ankauf. Kaffee unverändert. Zink niedriger, verkauft 2000 Ctr. loco zu 13 Mark 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Schilling.

**Amsterdam, 27. November.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ziemlich unverändert. Roggen per März 309<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, per Mai 309<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Kabbol pr. November-Dezember 35<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, pr. Mai 38. — London, 27. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufuhren seit vergangener Montag: Weizen 11,260, Gerste 4780, Hafer 15,120 Quarters. Der Markt war nur sehr schwach besucht. Weizen unverändert. Gerste sehr ruhig und still. Hafer ruhig. — Wetter schön.